

Auf der Tagesordnung steht der Friedensvertrag

Das 13. Plenum des Zentralkomitees der SED stellt den Parteileitungen und leitenden Parteiorganen, den Funktionären und Mitgliedern unserer Partei die Aufgabe, alle Bürger unserer Republik für den Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages und um die Umwandlung Westberlins aus einem Agenten- und Spionagesumpf in eine entmilitarisierte Freie Stadt zu gewinnen.

Diese Aufgabe stellt hohe Anforderungen an alle Parteimitglieder, erfordert höchste Einsatzbereitschaft und kluge Führung der Werkätigen. Es gilt, allen Bürgern der Republik den engen Zusammenhang zwischen dem Ringen um den Friedensvertrag und der Erfüllung und Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes in allen seinen Teilen begreiflich zu machen. Und es gilt schließlich, die am 1. Juli in Kraft getretenen Neuen Ordnungen über die Arbeitsweise der örtlichen Volksvertretungen mit pulsierendem Leben zu erfüllen, das deutlich die Überlegenheit unserer sozialistischen Demokratie über die bürgerliche Demokratie im allgemeinen und über die „Demokratie“ westdeutscher klerikal-militaristischer Prägung im besonderen widerspiegelt.

Das Ringen um die Herbeiführung eines Friedensvertrages, der Kampf um die Erfüllung und Übererfüllung unseres Volkswirtschaftsplanes, um Wohlstand und Glück des ganzen Volkes, die Umsetzung der neuen Ordnungen ins Leben — all das verbindet alle Schichten unseres Volkes zu einer verschworenen sozialistischen Gemeinschaft, die im Herbst dieses Jahres — wie es die Verfassung unserer Deutschen Demokratischen Republik vorsieht — unter der Losung „Mit dem Friedensvertrag zu Frieden und Einheit der Nation! Mit dem Sozialismus zum Glück des Volkes!“ zu den Wahlen schreitet.

Auf der Tagesordnung dieser Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen steht als der wichtigste Punkt der Kampf um den Friedensvertrag, der unserem Volk endlich — 16 Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges, und bevor die imperialistische Kriegspartei des Strauß-Ministeriums in Bonn bereit ist zum atomaren dritten Weltkrieg — ein gesichertes Leben in Frieden und Wohlstand gewährleistet, der die ständig wachsende Bedrohung der Sicherheit des Lebens der Völker durch die revanchelüsteren westdeutschen Imperialisten und damit die Reste des zweiten Weltkrieges beseitigt.

*

Mit dem „Memorandum über die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems“, das Genosse Chruschtschow in Wien dem USA-Präsidenten übergab, macht sich die Sowjetunion erneut zum Fürsprecher der Wünsche der Mehrheit unseres Volkes, der nationalen Grundinteressen ganz Deutschlands. In der gemeinsamen Erklärung der Repräsentanten der DDR vom 14. Juni 1961 wird betont: „Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die friedliche Zukunft und die Wiedervereinigung Deutschlands, die nur auf dem Wege der Bändigung des Militarismus in Westdeutschland und der militärischen Neutralisierung beider deutscher Staaten möglich ist, stellen das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, der Staatsrat und der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik sowie der Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland fest, daß die Vorschläge des sowjetischen ‚Memorandums über die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung des Westberlinproblems‘ voll und ganz mit den von der Volkskammer und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterbreiteten Vorschlägen und den friedlichen Interessen des deutschen Volkes übereinstimmen.“